

**Antwort der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
Halle (Saale), 20.06.2016**

1. Wir bitten Sie, uns Ihre grundsätzliche Meinung zum Vorhaben der Stadtwerke ein Zwischenlager für Giftmüll im Hafen unserer Stadt zu betreiben mitzuteilen.

Abfall jeglicher Art ist zu vermeiden, wenn er nicht erneut in einen Stoffkreislauf eingebracht werden kann. Kernforderung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es daher, schon bei der Produktion von Waren den ganzen Lebenszyklus im Auge zu haben und das Recycling hier bereits mitzudenken. Wenn Abfall trotzdem entsteht und entsorgt werden muss, dann soll dies auf eine sichere Weise und im näheren Umfeld seiner Erzeugung geschehen. Vor diesem Hintergrund lehnen wir die europaweite Verschickung und Verbringung von Abfällen ab, insbesondere wenn es sich um gefährliche Abfälle handelt.

2. Befürworten Sie den Ausbau des Container-Terminals am Hafen Halle zum Giftmüll-Drehkreuz?

Nein. Wir kritisieren, dass der Hafen ausgerechnet auf diese Weise versucht, seine Wirtschaftlichkeit zu verbessern.

3. Sehen Sie einen Widerspruch zwischen dem ISEK 2015 „Stadt am Fluss“ und den nun vorliegenden Plänen der Stadtwerke Halle mit dem Ausbau des Hafens zum Zwischenlager und Umschlagplatz für Sondermüll?

Ja.

4. Unterstützen Sie das Geschäftsmodell der Stadtwerke durch den Umschlag von Giftmüll im Stadtgebiet Gewinn zu erzielen?

Nein. Wir werden in den Aufsichtsgremien klar gegen diese Strategie Stellung beziehen.

5. Teilen Sie die hier näher beschriebenen Sorgen und Ängste der Anwohner aus dem Stadtgebiet um Ihre Gesundheit und Ihr Wohnumfeld?

Ja.

6. Wie kann es uns gelingen, dieses Projekt der Stadtwerke zu stoppen und welche Möglichkeit haben Sie hier ganz konkret als Oberbürgermeister, Beigeordneter, Stadtrat und politisch Verantwortlicher?

Als Fraktion im Stadtrat sehen wir neben der Information der Öffentlichkeit nur die Möglichkeit, über die Aufsichtsgremien auf den Konzern Stadt einzuwirken, von der Betätigung in diesem Geschäftsfeld Abstand zu nehmen. Die Genehmigung der Anlage selbst folgt dem üblichen gesetzlichen Rahmen. Dies ist ein Verwaltungsakt, der – abgesehen von der Setzung der Rahmenbedingungen auf EU-, Bundes- und Landesebene – durch die Politik nicht beeinflussbar ist.

Der Oberbürgermeister hat angekündigt, zum Thema gefährliche Abfälle einen Runden Tisch einzurichten. Diesen werden wir wie im Falle der Pyrolyseanlage kritisch begleiten.

7. Unterstützen Sie unser Anliegen für ein B-Plan Verfahren zur Regulierung der Entwicklung unseres Hafens in Halle-Trotha für ein ausgewogenes Miteinander von Gewerbe, Wohnen und Natur.

Ja. Das B-Plan-Verfahren war ein Ergebnis des Runden Tisches und wir werden uns natürlich dafür einsetzen, dass der OB zu seinem Wort steht.